

# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XV
Literaturverzeichnis.....	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis.....	LXXXI
Einleitung .....	1
A. Anlass, Gegenstand und Ziel der Untersuchung.....	2
B. Gang der Untersuchung.....	6
Teil 1: Die Grundmodelle der Berufsausbildung in Europa und das System der deutschen Berufsausbildung im Überblick.....	7
A. Die Einteilung in „input-orientierte“ und „outcome-orientierte“ Systeme.....	7
I. Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit überwiegend „input-orientierten“ Berufsausbildungssystemen.....	8
II. Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit überwiegend „outcome-orientierten“ Berufsausbildungssystemen .....	9
B. Das System der Berufsausbildung in Deutschland im Überblick mit Erläuterung zentraler Begriffe.....	11
I. Das Berufsprinzip als das organisierende Prinzip der deutschen Berufsausbildung.....	12
II. Definitionen und Erläuterung der Begriffe „Berufsausbildung“, „Ausbildungsordnung“ und „anerkannter Ausbildungsberuf“ .....	13
III. Das duale System als vorherrschendes System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland.....	16
IV. Ausbildung außerhalb des dualen Systems .....	18

Teil 2: Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Vorgaben für die berufliche Bildung in Deutschland und die Akteure der Berufsbildung .....	21
A. Die Gewährleistung der Berufsbildung als Staatsaufgabe .....	21
B. Kompetenzzuweisungen zwischen Bund und Ländern im Bereich der Berufsbildung.....	24
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 70 ff. GG.....	25
II. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen (Art. 83 ff. GG) unter besonderer Berücksichtigung berufsbildungsbezo- gener Aspekte .....	38
III. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG und nach Art. 91 b GG, insbesondere die Einrichtung einer Bund-Länder- Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsför- derung und die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschafts- konferenz (GWK) als deren Nachfolgerin .....	43
C. Die für den Bereich der Berufsbildung besonders relevanten Grundgesetznormen des Art. 12 GG (Berufsfreiheit) und des Art. 7 GG (Schulwesen).....	47
I. Das Grundrecht der Berufsfreiheit nach Art. 12 GG und seine Bedeutung für die berufliche Bildung.....	47
II. Die Norm des Art. 7 GG (Schulwesen), insbesondere die staatliche Schulaufsicht und ihre Bedeutung für das Recht der Berufsbildung .....	54
D. Das Verfassungsrecht der Länder im Bezug auf die berufliche Bildung.....	58
I. Die Landesverfassung Baden-Württembergs im Hinblick auf Fragen der Erziehung und der Ausbildung.....	58

II. Die Verfassung des Freistaates Bayern im Hinblick auf Fragen der Erziehung und der Ausbildung.....	61
III. Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Fragen der Erziehung und Ausbildung .....	63
IV. Die Verfassung des Freistaates Sachsen im Hinblick auf Fragen der Erziehung und der Ausbildung.....	66
V. Schlussfolgerungen der Vorgaben der Landesverfassungen für den Untersuchungsgegenstand.....	67
E. Einfachgesetzliche Vorschriften .....	68
I. Zentrale Vorgaben des Bundesrechts: das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Handwerksordnung (HandwO) .....	69
II. Weitere bundesrechtliche Regelungen .....	80
III. Die Schulgesetze der Länder als zentrale Vorgaben des Landesrechts .....	90
F. Akteure der Berufsbildung in der Bundesrepublik, insbesondere des dualen Systems .....	91
I. Betriebliche Berufsbildung in Betrieben der Wirtschaft und in vergleichbaren Einrichtungen außerhalb der Wirtschaft gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 BBiG .....	92
II. Die berufsbildenden Schulen (schulische Berufsbildung) gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 BBiG .....	96
III. Die sonstigen Berufsbildungseinrichtungen außerhalb der schulischen und betrieblichen Berufsbildung (außerbetriebliche Berufsbildung) gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 BBiG.....	101
IV. Die zuständigen Stellen im Sinne des BBiG.....	102
V. Die Landesausschüsse für Berufsbildung gemäß §§ 82 f. BBiG und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemäß §§ 89 ff. BBiG .....	106
G. Zwischenfazit.....	111

I. Grundsätzliche „Input-Orientierung“ der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland.....	111
II. Ansätze für eine „Outcome-Orientierung“ bei der Gleichstellung von Prüfungszeugnissen .....	112
Teil 3: Der europäische Berufsbildungsraum – Konzepte und rechtlicher Rahmen.....	115
A. EQF und ECVET als bedeutende und ehrgeizige Konzepte zur Reformierung des europäischen Berufsbildungsraumes .....	115
I. Der Europäische Qualifikationsrahmen EQF (European Qualifications Framework) für lebenslanges Lernen.....	116
II. Das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (European Credit Transfer System for Vocational Education and Training – ECVET).....	130
B. Die Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und die Methode der offenen Koordination .....	134
I. Die Kompetenzen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU) für den Bereich der beruflichen Bildung .....	135
II. Die Methode der offenen Koordinierung als Ergänzung der Kompetenzen der Europäischen Union.....	152
C. Materielle Vorgaben der Grundfreiheiten und der Grundrechte der Europäischen Union auf dem Gebiet der beruflichen Bildung.....	165
I. Die Grundfreiheiten.....	165
II. Die Grundrechte der Europäischen Union und ihre Bedeutung für den Bereich der beruflichen Bildung.....	169
D. Ausfüllung und Konkretisierung der vertraglichen Vorgaben durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).....	175

I. Das Urteil „Gravier“ .....	175
II. Die Urteile „Erasmus“ und „Petra“ .....	177
III. Das Urteil des EuGH in der Rechtssache der Kommission gegen die Republik Österreich .....	178
IV. Die Schlussfolgerungen aus der Rechtsprechung des EuGH zur beruflichen Bildung im europäischen Raum.....	179
E. Zur Unionsrechtskonformität der Maßnahmen EQF und ECVET.....	181
I. Die Art. 165 AEU und 166 AEU als Rechtsgrundlagen für die Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) und eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung (ECVET) im Rahmen einer Empfehlung .....	181
II. Das Subsidiaritätsprinzip und der Verhältnismäßigkeits- grundsatz in Bezug auf die Einrichtung und Empfehlung der Verwendung des EQF und des ECVET-Systems .....	186
III. Ergebnis zur Prüfung der Unionsrechtskonformität der Maßnahmen EQF und ECVET.....	197
Teil 4: Konsequenzen für die Berufsbildung in Deutschland .....	199
A. Berufsbildungspolitische Neukonzeption durch die Schaffung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR): „große“ und „kleine“ Lösung .....	200
I. Die „große“ Lösung: Abkehr vom Berufsprinzip und vom dualen System.....	201
II. Die „kleine“ Lösung: Ausrichtung des DQR am Berufsprin- zip .....	202
III. Die „kleine“ Lösung als empfehlenswerte und zu bevorzu- gende Alternative zur Abkehr vom Berufsprinzip .....	203
B. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Deutschen Qualifikations- rahmens (DQR).....	205

I. Der Vorschlag des KWB.....	206
II. Der Vorschlag der Deutschen Wirtschaft.....	210
III. Zwischenfazit.....	215
C. Rechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit der Einführung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) .....	216
I. Die kompetenzielle Zuständigkeit zur Einrichtung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) und die Wahl der rechtlichen Form.....	216
II. Verfahren zur Feststellung des Erwerbs von Qualifikationen und von Leistungspunkten und die damit verbundenen prüfungsrechtlichen Fragestellungen.....	236
D. Zulassung von Zertifizierungen durch nichtstaatliche Einrichtungen (privatrechtliche Zertifizierung) .....	252
I. Das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage zur Ausweitung der Prüfungstätigkeit durch privatrechtliche Institutionen und die Überprüfung der einschlägigen Regelungen auf Vorhandensein einer solchen Ermächtigung .....	254
II. Das Verfahren, die Entwicklung und die rechtlichen Grundlagen der Zertifizierung privatrechtlicher Institutionen im Rahmen eines Akkreditierungsverfahrens .....	258
III. Das Akkreditierungsverfahren im Rahmen der Arbeitsförderung durch berufliche Weiterbildung als Vorbild für die privatrechtliche Zertifizierung erworbener Kompetenzen und Qualifikationen.....	265
Teil 5: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Ausblick .....	271
A. Die Ergebnisse des ersten Teils .....	271
B. Die Ergebnisse des zweiten Teils.....	272
C. Die Ergebnisse des dritten Teils.....	275
D. Die Ergebnisse des vierten Teils.....	276

E. Ausblick.....	281
Anhang .....	283

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht .....	VIII
Inhaltsverzeichnis.....	XV
Literaturverzeichnis.....	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis .....	LXXXI
Einleitung .....	1
A. Anlass, Gegenstand und Ziel der Untersuchung.....	2
B. Gang der Untersuchung.....	6
Teil 1: Die Grundmodelle der Berufsausbildung in Europa und das System der deutschen Berufsausbildung im Überblick.....	7
A. Die Einteilung in „input-orientierte“ und „outcome-orientierte“ Systeme .....	7
I. Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit überwiegend „input-orientierten“ Berufsausbildungssystemen.....	8
II. Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit überwiegend „outcome-orientierten“ Berufsausbildungssystemen .....	9
B. Das System der Berufsausbildung in Deutschland im Überblick mit Erläuterung zentraler Begriffe.....	11
I. Das Berufsprinzip als das organisierende Prinzip der deutschen Berufsausbildung.....	12
II. Definitionen und Erläuterung der Begriffe „Berufsausbildung“, „Ausbildungsordnung“ und „anerkannter Ausbildungsberuf“ .....	13
1. Berufsausbildung .....	13
2. Anerkannter Ausbildungsberuf.....	14
3. Ausbildungsordnungen .....	15

III. Das duale System als vorherrschendes System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland.....	16
IV. Ausbildung außerhalb des dualen Systems .....	18
1. Die berufsqualifizierende und die teilqualifizierende Ausbildung an Berufsfachschulen.....	18
2. Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens in freier Trägerschaft.....	19
3. Die Ausbildung von Beamten für den mittleren Dienst an Verwaltungsschulen.....	20
Teil 2: Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Vorgaben für die berufliche Bildung in Deutschland und die Akteure der Berufsbildung.....	21
A. Die Gewährleistung der Berufsbildung als Staatsaufgabe .....	21
B. Kompetenzzuweisungen zwischen Bund und Ländern im Bereich der Berufsbildung .....	24
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 70 ff. GG.....	25
1. Die konkurrierende Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Berufsbildung .....	26
a) Allgemeines zur konkurrierenden Zuständigkeit von Bund und Ländern in der bundesstaatlichen Kompetenzordnung für die Gesetzgebung .....	26
b) Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Rechts der Wirtschaft gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG .....	27
c) Weitere Kompetenztitel der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74 Abs. 1 GG), die mit dem Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang stehen.....	29

2. Die Erforderlichkeit bundesgesetzlicher Regelungen zur Berufsbildung im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	30
a) „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ .....	33
b) „Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse“ .....	34
c) „Wahrung der Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse“ .....	35
II. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen (Art. 83 ff. GG) unter besonderer Berücksichtigung berufsbildungsbezogener Aspekte .....	38
1. Allgemeines zur Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 83 ff. GG .....	38
2. Die Ausführung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HandwO) durch die nach Landesrecht zuständige Behörde gemäß Art. 83 GG .....	40
3. Die Errichtung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf der Grundlage von Art. 87 Abs. 3 GG .....	41
III. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG und nach Art. 91 b GG, insbesondere die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung und die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) als deren Nachfolgerin .....	43
C. Die für den Bereich der Berufsbildung besonders relevanten Grundgesetznormen des Art. 12 GG (Berufsfreiheit) und des Art. 7 GG (Schulwesen) .....	47
I. Das Grundrecht der Berufsfreiheit nach Art. 12 GG und seine Bedeutung für die berufliche Bildung .....	47

1. Das Recht auf freie Berufswahl aus Art. 12 Abs. 1 GG.....	49
2. Die freie Wahl der Ausbildungsstätte im Sinne von Art. 12 Abs. 1 GG und die Frage nach Teilhaberechten gegen- über privaten Ausbildungseinrichtungen.....	51
3. Keine Festlegung auf einen „input-orientierten“ Charak- ter der Berufsausbildung im deutschen dualen System infor- mation des Grundrechts der Berufsfreiheit .....	52
II. Die Norm des Art. 7 GG (Schulwesen), insbesondere die staatliche Schulaufsicht und ihre Bedeutung für das Recht der Berufsbildung .....	54
1. Die berufsbildenden Schulen als Teil des Schulwesens.....	54
2. Der Begriff der Schulaufsicht und die Träger, Legitima- tion, Inhalte und Grenzen der staatlichen Schulaufsicht .....	56
D. Das Verfassungsrecht der Länder im Bezug auf die berufliche Bildung.....	58
I. Die Landesverfassung Baden-Württembergs im Hinblick auf Fragen der Erziehung und der Ausbildung .....	58
II. Die Verfassung des Freistaates Bayern im Hinblick auf Fra- gen der Erziehung und der Ausbildung.....	61
III. Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen im Hin- blick auf Fragen der Erziehung und Ausbildung .....	63
1. Erziehungsziele gemäß Art. 7 NRWVerf.....	63
2. Der Anspruch auf Erziehung und Bildung gemäß Art. 8 Abs. 1 NRWVerf.....	64
IV. Die Verfassung des Freistaates Sachsen im Hinblick auf Fragen der Erziehung und der Ausbildung.....	66
1. Das Recht auf Schulbildung gemäß Art. 102 Abs. 1 Satz 1 SächsVerf.....	66
2. Die Berufsbildung gemäß Art. 106 SächsVerf.....	67

V. Schlussfolgerungen der Vorgaben der Landesverfassungen für den Untersuchungsgegenstand.....	67
E. Einfachgesetzliche Vorschriften .....	68
I. Zentrale Vorgaben des Bundesrechts: das Berufsbildungs- gesetz (BBiG) und die Handwerksordnung (HandwO) .....	69
1. Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) als Grundlage für das Recht der beruflichen Bildung.....	69
2. Die Handwerksordnung (HandwO) als ergänzende Rege- lung zum Berufsbildungsgesetz für die Ausbildung in hand- werklichen Betrieben .....	71
3. Die Regel- und die Externenzulassung zur Abschlussprü- fung nach dem BBiG und der HandwO.....	72
a) Die Regelzulassung nach § 43 BBiG und nach § 36 HandwO.....	73
b) Die Externenzulassung nach § 45 Abs. 2 und 3 BBiG und nach § 37 Abs. 2 und 3 HandwO .....	74
aa) Die Zulassung nach mehrjähriger Tätigkeit im Aus- bildungsberuf oder durch den Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit auf andere Weise .....	75
bb) Sonderregelungen für Soldaten und Soldatinnen auf Zeit bzw. für ehemalige Soldaten und Soldatinnen .....	78
c) „Outcome-Orientierung“ der Externenzulassung .....	79
II. Weitere bundesrechtliche Regelungen .....	80
1. Einigungsvertrag und Einigungsvertragsgesetz.....	80
2. Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet.....	82
3. Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG).....	82

4. Rechtsverordnungen zur Gleichstellung von Prüfungszeugnissen.....	84
a) Rechtsverordnungen zur Gleichstellung von Prüfungszeugnissen nach § 50 Berufsbildungsgesetz und § 40 Handwerksordnung .....	84
aa) Rechtsverordnungen nach dem jeweiligen Absatz 1 des § 50 BBiG und des § 40 HandwO zur Gleichstellung von im Inland erworbenen Prüfungszeugnissen .....	85
bb) Rechtsverordnungen nach dem jeweiligen Absatz 2 des § 50 BBiG und des § 40 HandwO zur Gleichstellung von im Ausland erworbenen Prüfungszeugnissen .....	86
b) Rechtsverordnungen gemäß § 50 a HandwO zur Gleichstellung im Ausland erworbener Prüfungszeugnisse mit entsprechenden Prüfungszeugnissen über das Bestehen einer deutschen Meisterprüfung .....	88
5. Zwischenergebnis mit Überlegungen zu „outcome-orientierten“ und „income-orientierten“ Ansätzen bei der Anerkennung von Prüfungszeugnissen und anderen Befähigungsnachweisen.....	88
a) „Input-orientierte“ Ansätze bei der Gleichstellung von Prüfungszeugnissen .....	89
b) „Outcome-orientierte“ Ansätze bei der Gleichstellung von Prüfungszeugnissen .....	89
III. Die Schulgesetze der Länder als zentrale Vorgaben des Landesrechts .....	90
F. Akteure der Berufsbildung in der Bundesrepublik, insbesondere des dualen Systems .....	91

I. Betriebliche Berufsbildung in Betrieben der Wirtschaft und in vergleichbaren Einrichtungen außerhalb der Wirtschaft gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 BBiG .....	92
1. Betriebe der Wirtschaft (§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 1. Alt. BBiG).....	93
2. Vergleichbare Einrichtungen außerhalb der Wirtschaft .....	93
a) Berufsbildung in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.....	94
b) Berufsbildung in Einrichtungen der Angehörigen freier Berufe .....	95
c) Berufsbildung in Haushalten als vergleichbare Einrichtungen .....	96
II. Die berufsbildenden Schulen (schulische Berufsbildung) gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 BBiG .....	96
1. Die Berufsschulen .....	97
2. Die Berufsfachschule .....	97
3. Weitere Arten berufsbildender Schulen am Beispiel der Gliederung des beruflichen Schulwesens in Baden-Württemberg.....	98
a) Das Berufskolleg (§ 12 Schulgesetz BW).....	99
b) Die Berufsoberschule (§ 13 Schulgesetz BW) .....	100
c) Die Fachschule (§ 14 Schulgesetz BW).....	100
III. Die sonstigen Berufsbildungseinrichtungen außerhalb der schulischen und betrieblichen Berufsbildung (außerbetriebliche Berufsbildung) gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 BBiG .....	101
IV. Die zuständigen Stellen im Sinne des BBiG.....	102
1. Die Festsetzung der zuständigen Stellen gemäß § 71 BBiG: im Regelfall die Kammern.....	103
2. Die Aufgaben der zuständigen Stellen gemäß § 76 BBiG .....	104

3. Die Errichtung und die Aufgaben des Berufsbildungsausschusses als Organ der zuständigen Stelle.....	105
V. Die Landesausschüsse für Berufsbildung gemäß §§ 82 f. BBiG und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemäß §§ 89 ff. BBiG .....	106
1. Die Landesausschüsse für Berufsbildung, ihre Errichtung, ihre Zusammensetzung und ihre Aufgaben gemäß §§ 82 f. BBiG .....	106
a) Die Errichtung und die Zusammensetzung der Landesausschüsse für Berufsbildung gemäß § 82 BBiG .....	107
b) Die Aufgaben der Landesausschüsse für Berufsbildung gemäß § 83 BBiG .....	108
2. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und seine gesetzlichen Aufgaben gemäß § 90 BBiG .....	109
a) Die Forschungsaufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) gemäß § 90 Abs. 2 BBiG .....	110
b) Die sonstigen Aufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) gemäß § 90 Abs. 3 BBiG .....	111
G. Zwischenfazit .....	111
I. Grundsätzliche „Input-Orientierung“ der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland.....	111
II. Ansätze für eine „Outcome-Orientierung“ bei der Gleichstellung von Prüfungszeugnissen .....	112
Teil 3: Der europäische Berufsbildungsraum – Konzepte und rechtlicher Rahmen.....	115
A. EQF und ECVET als bedeutende und ehrgeizige Konzepte zur Reformierung des europäischen Berufsbildungsraumes .....	115
I. Der Europäische Qualifikationsrahmen EQF (European Qualifications Framework) für lebenslanges Lernen .....	116

1. Anlass der Entwicklung eines solchen Qualifikationsrahmens: die verschiedenen Berufsbildungssysteme in den Mitgliedstaaten als Hindernis für lebenslanges Lernen.....	117
2. Ziele des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF), insbesondere die Erhöhung der Transparenz von beruflichen Qualifikationen .....	118
3. Gegenstand eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen .....	120
a) Die acht Niveaustufen eines Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen .....	121
aa) Die erste Stufe .....	123
bb) Die zweite Stufe.....	124
cc) Die dritte Stufe .....	125
dd) Die vierte Stufe .....	125
ee) Die fünfte Stufe .....	126
ff) Die sechste Stufe.....	127
gg) Die siebente Stufe .....	127
hh) Die achte Stufe.....	128
b) Überblick über die Mechanismen und die Grundsätze für die freiwillige Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.....	128
II. Das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (European Credit Transfer System for Vocational Education and Training – ECVET).....	130
1. Definition des ECVET-Systems .....	131
2. Aufgaben des ECVET-Systems .....	132
3. Entwicklung und freiwillige Einführung in den Mitgliedstaaten.....	133

B. Die Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und die Methode der offenen Koordination	134
I. Die Kompetenzen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU) für den Bereich der beruflichen Bildung	135
1. Die Artt. 165 (ex Art. 149 EG) und 166 AEU (ex Art. 150 EG)	135
a) Die systematische Stellung der Artt. 165, 166 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und ihre historische Entwicklung	135
b) Der Regelungsgehalt des Art. 166 AEU als für die berufliche Bildung maßgebliche kompetenzielle Grundlage des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU)	137
aa) Die unterstützende und ergänzende Politik der beruflichen Bildung gemäß Art. 166 Abs. 1 AEU	138
bb) Die Ermächtigungsgrundlage des Art. 166 Abs. 4 AEU, die damit verbundenen Rechtsakte und der Vergleich mit Art. 165 Abs. 4 AEU	139
cc) Das in Art. 165 Abs. 4 und Art. 166 Abs. 4 AEU verankerte Harmonisierungsverbot	142
2. Die Kompetenzgrundlage des Art. 53 Abs. 1 AEU (ex Art. 47 Abs. 1 EG)	144
a) Beispiele für auf Art. 53 Abs. 1 AEU gestützte Richtlinien	146
b) Zwischenergebnis	147
3. Die Kompetenzgrundlage des Art. 46 AEU (ex Art. 40 EG)	148

4. Art. 46 AEU i. V. m. Art. 53 AEU und die darauf gestütz- ten Richtlinien.....	150
II. Die Methode der offenen Koordinierung als Ergänzung der Kompetenzen der Europäischen Union.....	152
1. Die Entwicklung der Methode der offenen Koordinierung und ihre Anwendbarkeit zur Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung.....	153
2. Die einzelnen Schritte der Methode der offenen Koordi- nierung.....	155
a) Erster Schritt: Die Festsetzung von Leitlinien, Zielen und Zeitplänen.....	155
b) Zweiter Schritt: Die Festlegung von Qualitätsindikato- ren, so genannter Benchmarks.....	155
c) Dritter Schritt: Umsetzung der Leitlinien in den Mitglied- staaten zur Zielerreichung.....	156
d) Vierter Schritt: Dokumentation der Erfolge der Mitglied- staaten bei der Umsetzung und Evaluierung durch die Kom- mission.....	157
e) Fünfter Schritt: Der Lernprozess.....	157
3. Die dogmatische Charakterisierung der Methode der offe- nen Koordinierung.....	158
4. Die Aufnahme von Kompetenzen zum Einsatz der Metho- de der offenen Koordinierung in den Vertrag über die Arbeits- weise der Europäischen Union (AEU).....	163
C. Materielle Vorgaben der Grundfreiheiten und der Grundrech- te der Europäischen Union auf dem Gebiet der beruflichen Bil- dung.....	165
I. Die Grundfreiheiten.....	165

1. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Art. 45 AEU (ex Art. 39 EG).....	166
2. Die Niederlassungsfreiheit nach Art. 49 AEU (ex Art. 43 EG) und die Dienstleistungsfreiheit nach Artt. 56, 57 AEU (ex Artt. 49, 50 EG) .....	167
3. Die Frage der Inländerdiskriminierung.....	168
II. Die Grundrechte der Europäischen Union und ihre Bedeutung für den Bereich der beruflichen Bildung.....	169
1. Die Unionsgrundrechte als ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts (Art. 6 Abs. 3 EU) .....	170
2. Die Charta der Grundrechte als materielle Vorgabe zur Ausfüllung und Konkretisierung der vertraglichen Vorgaben im Bereich der beruflichen Bildung.....	171
a) Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) als Rechtsquelle der Grundrechte der Europäischen Union und der Vertrag von Lissabon.....	172
b) Das Recht auf Bildung als zentrale Freiheit gemäß Art. 14 EU-Grundrechtecharta (GRCh).....	174
D. Ausfüllung und Konkretisierung der vertraglichen Vorgaben durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).....	175
I. Das Urteil „Gravier“.....	175
II. Die Urteile „Erasmus“ und „Petra“ .....	177
III. Das Urteil des EuGH in der Rechtssache der Kommission gegen die Republik Österreich .....	178
IV. Die Schlussfolgerungen aus der Rechtsprechung des EuGH zur beruflichen Bildung im europäischen Raum.....	179
E. Zur Unionsrechtskonformität der Maßnahmen EQF und ECVET .....	181

I. Die Artt. 165 AEU und 166 AEU als Rechtsgrundlagen für die Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) und eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung (ECVET) im Rahmen einer Empfehlung .....	181
1. Die Einbeziehung von Art. 165 AEU in die Rechtsgrundlage zur Einrichtung eines EQF und eines ECVET-Systems .....	183
2. Die Begrenzung der Tätigkeit der Union auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und auf die Unterstützung und Ergänzung der Tätigkeiten der Mitgliedstaaten.....	184
3. Die Artt. 165, 166 AEU als ausreichende Rechtsgrundlagen und die Einbeziehung der Methode der offenen Koordination.....	186
II. Das Subsidiaritätsprinzip und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in Bezug auf die Einrichtung und Empfehlung der Verwendung des EQF und des ECVET-Systems .....	186
1. Das Subsidiaritätsprinzip gemäß Art. 5 Abs. 3 EU (ex Art. 5 Abs. 2 EG) in Bezug auf EQF und ECVET-System .....	187
a) Grundlagen des Subsidiaritätsgedankens (Art. 5 Abs. 3 EU).....	188
b) Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Hinblick auf EQF und ECVET .....	190
2. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip nach Art. 5 Abs. 4 EU (ex Art. 5 Abs. 3 EG), insbesondere das Prinzip der Erforderlichkeit.....	191
a) Die Grundlagen des Verhältnismäßigkeitsprinzips nach Art. 5 Abs. 4 AEU .....	192

b) Die Verhältnismäßigkeit der Errichtung und Empfeh- lung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) und des Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung (ECVET).....	193
aa) Geeignetheit der Maßnahmen .....	193
bb) Erforderlichkeit (im engeren Sinne) der Maßnahmen.....	194
cc) Angemessenheit der Maßnahmen .....	196
III. Ergebnis zur Prüfung der Unionsrechtskonformität der Maßnahmen EQF und ECVET.....	197
Teil 4: Konsequenzen für die Berufsbildung in Deutschland .....	199
A. Berufsbildungspolitische Neukonzeption durch die Schaffung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR): „große“ und „kleine“ Lösung .....	200
I. Die „große“ Lösung: Abkehr vom Berufsprinzip und vom dualen System.....	201
II. Die „kleine“ Lösung: Ausrichtung des DQR am Berufs- prinzip .....	202
III. Die „kleine“ Lösung als empfehlenswerte und zu bevor- zugende Alternative zur Abkehr vom Berufsprinzip .....	203
B. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Deutschen Qualifikations- rahmens (DQR).....	205
I. Der Vorschlag des KWB.....	206
1. Die erste Stufe.....	207
2. Die zweite Stufe .....	207
3. Die dritte Stufe .....	208
4. Die vierte Stufe .....	209
5. Die fünfte Stufe.....	209
6. Die sechste Stufe.....	210
II. Der Vorschlag der Deutschen Wirtschaft.....	210

1. Die erste Stufe.....	211
2. Die zweite Stufe.....	211
3. Die dritte Stufe.....	212
4. Die vierte Stufe.....	212
5. Die fünfte Stufe.....	213
6. Die sechste Stufe.....	213
7. Die siebente Stufe.....	214
8. Die achte Stufe.....	214
III. Zwischenfazit.....	215
C. Rechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit der Ein- führung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR).....	216
I. Die kompetenzielle Zuständigkeit zur Einrichtung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) und die Wahl der rechtlichen Form.....	216
1. Gesetzliche Regelung.....	217
a) Die konkurrierende Gesetzgebung auf dem Gebiet des Rechts der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Hochschul- abschlüsse als Kompetenzzuweisung an den Bund.....	217
aa) Die Reichweite des Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 und Nr. 33 GG in Bezug auf die Einordnung von beruflichen Ab- schlüssen in einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) .....	218
bb) Weitere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Bundeskompetenz: Die Erforderlichkeitsprüfung nach Art. 72 Abs. 2 GG.....	221
b) Konsequenz: Verständigung zwischen Ländern und Bund zur gemeinsamen Erarbeitung und Einrichtung eines DQR.....	224
2. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Einrichtung eines Deutschen Qualifikationsrahmens.....	224
a) Allgemeines zu Verwaltungsabkommen .....	225

aa) Der Begriff des Verwaltungsabkommens und seine historische Herleitung .....	226
bb) Die rechtliche Zulässigkeit von Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern und ihre Wirkungen .....	227
cc) Die allgemeinen Grenzen solcher Verwaltungsabkommen.....	229
b) Die Zulässigkeit der Einrichtung eines DQR in Form eines Verwaltungsabkommens .....	230
aa) Der Vorbehalt des Gesetzes .....	230
bb) Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der beruflichen Bildung.....	232
c) Das Verwaltungsabkommen zur Einrichtung eines DQR als empfehlenswerte Alternative .....	235
II. Verfahren zur Feststellung des Erwerbs von Qualifikationen und von Leistungspunkten und die damit verbundenen prüfungsrechtlichen Fragestellungen.....	236
1. Das Verfahren zur Feststellung des Erwerbs von Qualifikationen und von Leistungspunkten zur Einordnung in einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR).....	236
a) Zertifizierung der Qualifikationen und Kompetenzen im Bereich der Berufsausbildung durch (Abschluss-)prüfungen.....	237
b) Exkurs: „Outcome-orientierte“ Ansätze im Bezug auf die Abschlussprüfungen nach dem BBiG und der HandWO.....	238
c) Die Verantwortung der zuständigen Stellen (im Regelfall der Kammern) für das Prüfungswesen.....	239
2. Prüfungsrechtliche Fragestellungen.....	240
a) Neugestaltung der Prüfungsordnungen.....	240
aa) Die Zuständigkeit für die Änderungen.....	241

bb) Die notwendigen Änderungen und die damit verbundenen Fragestellungen.....	242
cc) Zusammenfassung: Die Anforderungen an die geänderten Prüfungsordnungen .....	243
b) Neuregelungen hinsichtlich des Zugangs zu den Prüfungen (Externenzulassung) .....	244
aa) Aufhebung, Beibehaltung oder Modifizierung der Unterscheidung zwischen Regel- und Externenzulassung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. nach der Handwerksordnung? .....	245
(1) Grundausrichtung: Beibehaltung der Einteilung in die Regel- und Externenzulassung im Rahmen der „kleinen“ Lösung .....	245
(2) Beibehaltung des status quo der Externenprüfung oder Ausbau der Externenprüfung? .....	248
(a) Beibehaltung des status quo der Externenprüfung .....	248
(b) Impulse zum Ausbau der Externenprüfung.....	249
(aa) Erster Impuls: Die Empfehlung zur Einrichtung des EQF .....	249
(bb) Zweiter Impuls: Das europäische Primärrecht.....	250
(cc) Dritter Impuls: Art. 12 GG .....	250
bb) Exkurs: Zahlung einer Prüfungsgebühr für die Externenprüfung? .....	251
D. Zulassung von Zertifizierungen durch nichtstaatliche Einrichtungen (privatrechtliche Zertifizierung) .....	252
I. Das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage zur Ausweitung der Prüfungstätigkeit durch privatrechtliche Institutionen und die Überprüfung der einschlägigen Regelungen auf Vorhandensein einer solchen Ermächtigung .....	254

1. Das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage .....	255
2. § 6 BBiG bzw. § 27 HandwO als eine solche notwendige gesetzliche Grundlage? .....	255
3. Zusammenfassung der gewonnen Erkenntnisse .....	257
II. Das Verfahren, die Entwicklung und die rechtlichen Grund- lagen der Zertifizierung privatrechtlicher Institutionen im Rah- men eines Akkreditierungsverfahrens .....	258
1. Das Grundmodell des Verfahrens der Akkreditierung .....	258
2. Bereiche des Akkreditierungswesens in Deutschland .....	259
3. Die verwaltungsorganisationsrechtliche Einordnung des privatisierten Akkreditierungsverfahrens im Überblick .....	261
III. Das Akkreditierungsverfahren im Rahmen der Arbeitsför- derung durch berufliche Weiterbildung als Vorbild für die pri- vatrechtliche Zertifizierung erworbener Kompetenzen und Qua- lifikationen .....	265
1. Erforderliche Änderungen im BBiG und in der HandwO .....	266
2. Die Überwachung der zertifizierenden Stellen als Pflicht- aufgabe der zuständigen Stellen, insbesondere der Kammern .....	266
3. Zwischenergebnis .....	269
Teil 5: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Aus- blick .....	271
A. Die Ergebnisse des ersten Teils .....	271
B. Die Ergebnisse des zweiten Teils .....	272
C. Die Ergebnisse des dritten Teils .....	275
D. Die Ergebnisse des vierten Teils .....	276
E. Ausblick .....	281
Anhang .....	283